



Solidarität

Organ des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. — Preis vierteljährlich 1,— Mark. — Anzeigen: die dreispaltige Preitzelle 50 Pfennig, Landes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 10 Pfennig. — Sämtliche Postankafen nehmen Abonnements an. — Eingetragen unter obigem Titel im Post-Zeitungsregister.

Für die Woche vom 6.—12. Mai ist die Beitragsmarke in das mit 19 bezeichnete Feld des Mitgliedsbuches zu kleben.

Bericht der Generalkommission für das Jahr 1916.

II.

Im Bericht für 1916 sind die Verhandlungen bezüglich der Sicherung des gewerkschaftlichen Vereinigungsrechts der Eisenbahner näher geschildert worden. Der Deutsche Eisenbahnerverband, der auf Beschluß der beteiligten Organisationen ins Leben gerufen wurde, begann seine Tätigkeit am 1. Juli 1916. Auf eine Anfrage an den Reichskanzler, ob der Verband ungehindert Mitglieder im Betrieb der Staatsbahnen würde werden können, wurde mitgeteilt, daß der preussische Ministerpräsident noch wie vor darauf bestche, daß der statutarische Streitverzicht vorher ausgesprochen werden müsse. Nach erneuten Verhandlungen kam eine Vereinbarung zustande, von der beide Teile annehmen, daß sie ihren Standpunkt wahr. Der Bericht gibt ein Schreiben des Reichskanzlers wieder, aus dem diese Vereinbarung ersichtlich ist.

Die Arbeiten der Kommission zur Beratung der Ausgestaltung des Arbeiterrechts nach dem Krieg haben ihren Fortgang genommen. Die erste dieser Arbeiten, „Koalitionsrecht und Strafrecht“, ist von der Gesellschaft für soziale Reform herausgegeben und den Gewerkschaften zum Anlauf empfohlen. Die nächste Schrift, die in kurzer Zeit fertiggestellt sein wird, behandelt das Koalitionsrecht und Polizeirecht sowie die Boykottfrage und damit im Zusammenhang stehende Fragen. Wenn auch zurzeit aus naheliegenden Gründen in Gewerkschaftskreisen wenig Neigung zum Erwerb solcher Schriften vorhanden ist, so wird dieser für die Gewerkschaftsfunktionäre doch notwendig sein. Die Schriften liefern das Material für die Agitation, die nach Kriegsschluß für die Ausgestaltung des Arbeiterrechts eintreten muß.

Die internationale gewerkschaftliche Verbindung ließ sich in den beiden letzten Jahren nur mit den neutralen Ländern aufrechterhalten. Den Anforderungen, den sich das Internationale Gewerkschaftsbundes von Deutschland in ein neutrales Land zu verlegen, konnte nicht Folge gegeben werden, weil die Sitzverlegung nur von einer internationalen Gewerkschaftskonferenz beschlossen werden kann. Es ist zweimal versucht worden, eine solche einzuberufen. Das erstemal, als der Antrag auf Sitzverlegung Anfang 1915 gestellt wurde; das zweitemal, als eine aus vier Ländern bestehende Gewerkschaftskonferenz in Leeds (England) am 5. Juli 1916 beschloß, in Paris ein internationales Korrespondenzbüro einzusetzen. Auf Vorschlag der gewerkschaftlichen Landeszentralen der skandinavischen Länder wurde die für den 11. Dezember 1916 nach Bern beauftragte Konferenz verlegt. Die Konferenz in Leeds hatte auch Arbeiterschutzforderungen

formuliert, die im Friedensvertrag Aufnahme finden sollten. Die skandinavische Gewerkschaftskonferenz, die am 10. und 11. November 1916 in Kopenhagen tagte, ersuchte den Präsidenten des Internationalen Gewerkschaftsbundes, diese Forderungen durchzuarbeiten und zur Beratung für eine internationale Gewerkschaftskonferenz vorzubereiten. Die Arbeit ist fertiggestellt und sollte zur Versendung kommen. Diese mußte infolge des verschärften Kriegszustandes verschoben werden. Verhandlungen zwischen dem Schweizerischen Gewerkschaftsbund und der Zentrale der Gewerkschaften Frankreichs hatten das Ergebnis, daß die letzteren sich bereit erklärten, zu einer internationalen Gewerkschaftskonferenz zu delegieren, wenn diese vom Schweizerischen Gewerkschaftsbund berufen wird. Die Landeszentralen, die während der Kriegszeit Beiträge an den Internationalen Gewerkschaftsbund bezahlt haben, erklärten sich mit dem Vorschlage einverstanden. Seine Ausführung muß so lange ausgesetzt werden, bis die Möglichkeit einer Verbindung mit allen Landeszentralen wieder gegeben sein wird.

Der Kassenbericht für das Jahr 1916 weist an Gesamteinnahmen 400 484,86 M. und an Gesamtausgaben 440 840,15 M. auf. Es ergibt sich somit ein Fehlbetrag von 40 355,29 M., wovon 3000,08 M. auf das Unterführungskonto entfallen. Der Bestand des letzteren beträgt 88 219,01 M. und das Vermögen der Generalkommission 338 217,28 M. Von den Einnahmen entfallen auf Beiträge der Verbände 212 870,21 M., auf Extrabeiträge der Verbände 16 764,35 M., auf das „Corr.-Blatt“ 8216 M., auf die „Gew. Frauen-Zeitung“ 30 629,19 M., auf „Operato Italiano“ 1432,35 M. Von den Ausgaben sind zu nennen: für sachliche Verwaltung der Generalkommission 16 609,96 M., persönliche 34 885,32 M., Bibliothek 2413,99 M., Druckfachen 4381,10 M., Kongresse und Konferenzen 12 187,33 M., Internationales Sekretariat 3458 M., Agitation 188 540,60 M., Verlag 24 671,85 M., „Corr.-Blatt“ 57 436,48 M., „Gew. Frauen-Zeitung“ 37 150,55 M., „Operato Italiano“ 1900 M., „Osviata“ 4900,45 M., Zentralarbeitssekretariat 23 165,14 M., Sozialpolitische Abteilung 25 770,55 M.

Das „Korrespondenz-Blatt“ mußte auch im Berichtsjahre mit dem früher eingeschränkten Umfang fürlieb nehmen. Die Auflage des „Corr.-Bl.“ betrug Ende 1916: 27 000 gegen 28 200 am Schluß der vorherigen Berichtsperiode. Daß in polnischer Sprache erscheinende Gewerkschaftsblatt „Osviata“ ist im verfloffenen Jahre regelmäßig alle Monate einmal herausgekommen. Die Auflage betrug wie im Jahre vorher im Durchschnitt 3000 Exemplare.

Von der Generalkommission sind im verfloffenen Jahre folgende Schriften herausgegeben: B. Umbreit: „Soziale Arbeiterpolitik und Gewerkschaften“. Auflage 7000. „Die Vereinsgesetznovelle von 1916“. Auflage 20 000. „Die Gewerkschaften und die Politik des 4. August 1914“. Auflage 175 000. „Gesetz betreffend den vaterländischen Hilfsdienst“. 1. Auflage 19 000. — Außerdem wurden durch die Generalkommission vermittelt: Dr. Schiff: „Internationale Studien über den

Stand des Arbeiterschutzes bei Beginn des Weltkrieges“. 350 Exemplare. Beer: „Die Geschichte des Sozialismus in England“. 310 Exemplare.

Die Sozialpolitische Abteilung ist neben ihrer Aufgabe der Materialsammlung besonders durch sozialpolitische Kriegsfragen in Anspruch genommen worden.

Die Aufhebung wichtiger Arbeiterschutzbestimmungen gab den Gewerkschaften Anlaß, auf die Beseitigung nachlässiger Betriebsanordnungen und mangelhafter Betriebsanrichtungen zu drängen. Die Änderungen in den Industrien, die wegen Mangels an Rohstoffen zur Einschränkung des Betriebes genötigt sind, hat sozialpolitisch wichtige Neuerungen gebracht, die seit langem zu den Forderungen der Gewerkschaften gehören. Der Siebenuhr-Ladenschluß für öffentliche Verkaufsstellen ist aus der Zwangslage des Krieges entstanden, und wäre zu wünschen, daß er auch über den Krieg hinaus seine Herrschaft behält. Der Verband der Friseurgehilfen hat daraufhin die Agitation für einheitlichen Geschäfts-schluß aufgenommen und der Zentralverband der Handlungsgesellen bekämpft die für die Nahrungsmittelgeschäfte und den späteren Sonnabend-schluß gewährten Ausnahmen. Der Verband der Bäcker verlangt, das Verbot der Nachtarbeit auch über den Krieg hinaus durch Gesetz zu sichern. Die gesteigerten Anforderungen an die weibliche Arbeitskraft hat in allen davon berührten Verbänden das Bestreben nach Abhilfe hervorgerufen.

Auf den Werftbetrieben wurden Klagen über Gesundheitschädigungen und selbst Lebensgefahren infolge der Verwendung von Erbsästoffen für Terpentin und Firnis laut, so daß die Sozialpolitische Abteilung gemeinsam mit dem Verband der Maler beim Reichsamt des Innern und beim Reichsgesundheitsamt zur Behebung der Mißstände vorstellig wurde. Die Angelegenheit ist wegen der amtlichen Untersuchungen noch nicht erledigt.

Für die Heimarbeit steht die Regelung der Lohnfrage in dem Vordergrund. In einer Eingabe an das Reichsamt des Innern ist die Forderung auf Einsetzung der Fachkommissionen zur Regelung der Löhne eingehend begründet. Vorläufig ist durch eine Verordnung bestimmt, daß zu den Fachkommissionen von Seiten der Arbeiter auch Gewerkschaftsangeestellte hinzugezogen werden können. Damit ist dem Verlangen der Gewerkschaften entgegengekommen, jedoch fehlt es noch an der Aufnahme der Tätigkeit der Fachkommissionen nach dem Heimarbeitengesetz. Gute Fortschritte hat die Regelung der Löhne und die Festsetzung und Bindung der Löhne für Heimarbeiter gemacht, die für Militärleistungen beschäftigt sind. Die Gewerkschaften können hier ein durchaus anzuerkennendes Entgegenkommen konstatieren.

Das Sekretariat für Bauarbeiterschutz hat seine Tätigkeit besonders den öffentlichen und Industriebauten zugewendet. Um über deren Verhältnisse eine Uebersicht zu gewinnen, ist im Februar 1916 von den in Frage kommenden Verbänden die Einsetzung eines Berichtes eingefordert worden. Das sich ergebende Material

hat alle Vermutungen über den traurigen Stand des Arbeiterschutzes bei dem jetzigen Bauwesen übertroffen und Veranlassung gegeben, den Sekretär zur persönlichen Inaugenscheinnahme nach einigen Orten bzw. Industriebauerrains zu senden. Ebenso ist durch eine Informations-tour durch das ostpreussische Zerstörungs- bzw. Aufbaugesbiet dem Sekretär Gelegenheit gegeben worden, sich von den einschlägigen Verhältnissen zu überzeugen.

Dieses Tatsachenmaterial bot die Grundlage zu einem Vorgehen in der Fachpresse und zu einigen Eingaben an das Reichsamt des Innern, das Kriegsministerium, Ministerium der Bauverwaltung und Ministerium des Innern in Preußen, um schutzfördernde Maßnahmen zu ergreifen. Außerdem wurde wiederholt versucht, durch persönliche Unterredungen mit den leitenden Ministerialbehörden unter Hinweis auf die mißlichen Zustände Abhilfe herbeizuführen.

Auch ist es dem Drängen der Sozialpolitischen Abteilung zu danken, daß das Ministerium der Bauverwaltung durch einen Rundschreiben an die Regierungspräsidenten Grundzüge für die polizeiliche Regelung des Arbeiterschutzes bei Eisenbauten aufgestellt hat, über die wir bereits im „Corr.-Bl.“ berichteten. Ueberdies sind zahlreiche informatorische Abhandlungen über Gewerbehygiene, Unfallverhütung usw. in der Baugewerkschaftspresse veröffentlicht worden.

Das Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst ist von der Sozialpolitischen Abteilung mit einem kurzen Kommentar und den wichtigsten Ausführungsbestimmungen und Rechtsbelehrungen bearbeitet und herausgegeben.

Die Monopolfrage wurde in einer Studienkommission eingehend behandelt, wobei es sich im wesentlichen darum handelte, gegenüber der übermäßig entwickelten wirtschaftlichen Machtstellung der Monopolindustrien Sicherheiten für die Rechtsstellung der Arbeiter im Arbeitsvertrag und für ihre sozialpolitischen Anforderungen zu verlangen.

Die Frage der Uebergangswirtschaft hat zur Aufstellung und Formulierung einer Reihe von Forderungen geführt, die noch weiter beraten und dann an die zuständigen Stellen geleitet und vertreten werden müssen. Auch für die Aufstellung eines Programms unserer sozialpolitischen Forderungen nach dem Kriege sind die Vorarbeiten im Gange.

Die Lebensmittelversorgung ist dauernd Gegenstand sehr umfangreicher Arbeiten gewesen. Sowohl in der Presse wie im Kriegsernährungsamt und im Reichsamt wurden die

Mängel der Organisation und die ungleiche Verteilung wichtiger Nahrungsmittel kritisiert. Manche unserer Anforderungen wurden erfüllt. Wenn die Sorgen um die Beschaffung der notwendigen Nahrungsmittel nicht geringer, sondern erheblicher geworden sind, so liegt das nicht allein an dem Mangel der Organisation, sondern auch an dem Versagen der Produktion. Die Landwirtschaft ist bei allen Bemühungen, die Leistungsfähigkeit aufrechtzuerhalten, leider nicht in der Lage, den Bedarf zu decken. Das ist eine Tatsache, deren Wirkung auch durch die beste Organisation nicht beseitigt werden kann. Hier tauchen fortgesetzt neue Probleme auf, Spinnrisse, die aus der Tendenz der kapitalistischen Wirtschaftsordnung entspringen, die uns immer wieder Anlaß geben, mit allem Nachdruck die Interessen der Arbeiter zu vertreten, die an einer geordneten, gleichmäßigen Verteilung der Lebensmittel, einer Erhöhung der Produktion und einer Beseitigung der Preisstrebereien interessiert sind.

Das Arbeiterinnensekretariat berichtet von einer erheblichen Inanspruchnahme seiner Sekretärin in den Organisationen der Kriegsfürsorge, insbesondere für die Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen.

Durch die Gründung der Frauenarbeitszentrale im Kriegsamte ist für die Angestellten des Arbeiterinnensekretariats das Tätigkeitsgebiet erweitert worden. Sie gehört dem „Nationalen Ausschuss für Frauenarbeit im Kriege“ an und bemüht sich, an der Zentralstelle und durch Einwirkung auf die Gewerkschaftskartelle und die Arbeiterinnen dafür zu wirken, daß durch die geplanten Einrichtungen keine Schädigung der Interessen der Arbeiterinnen eintritt. Diesem Zweck sollte auch eine im Januar an das Kriegsamte gerichtete Eingabe auf Anstellung von Sozialbeamtinnen dienen, die nach Möglichkeit aus den Kreisen der Arbeiterinnen genommen werden sollten und denen die Aufgabe zufallen soll, für Einrichtungen zur zweckmäßigen Ernährung der Arbeiterinnen und zur Unterbringung und Verpflegung der Kinder zu sorgen.

Bis zum März 1917 wurden neben den Sekretariatsarbeiten und der Redaktion der „Gewerkschaftlichen Frauenzeitung“ auch die Kassen-geschäfte des Verbandes der Hausangestellten von der Arbeitersekretärin erledigt.

Die „Gewerkschaftliche Frauenzeitung“ erscheint jetzt in einer Auflage von 92 000 Exemplaren.

Das Zentralarbeitersekretariat verzeichnet eine Abnahme der Zahl der ihm zur Vertretung überwiesenen Sachen: 1916: 835, 1915: 1060, 1914: 1397, 1913: 2125, 1912: 2343. Von den

unermüßlich sangen. Dazu dann meine urkomischen Rezitationen: „Alter Adel“ und „Das Puffrohr“. Wenn uns der böse Feind die Sache nicht verdarb, der allerdings jeden Tag stänkerte, wollten wir den Kameraden schon etwas zeigen.

Der Abend rückte heran. Mitbestimmend für den Termin war eine reichliche Liebesgaben-sendung, die Albert erhalten hatte. Zigaretten waren gekommen und Zucker, so daß wir ein gutes Glas „Warmer“ brauen konnten.

Der Festabend kam heran, das Festlokal, der Unterstand, war gedrängt voll. Auf dem Bettgerüste lagen die Kameraden Mann an Mann. Die ständigen Bewohner protestierten erst gegen die Besetzung der „Galerie“ und gaben die Erlaubnis nicht eher, als bis die Zuschauer die Stiefel ausgezogen hatten. Albert hielt eine große Rede, in der er auf die Bedeutung des Tages hinwies und wiederholt hervorhob, daß wir besondere Kräfte gewonnen hätten. Er wurde immer wieder von lärmenden Beifallskundgebungen unterbrochen. An der Tür herrschte großes Gedränge. Die Zunächststehenden wollten die andern nicht mehr hereinlassen. Ein großer Lärm entstand.

„Draußen bleiben!“

„Alles besetzt!“

Alwin makte in hoher Eile ein großes Schild mit der Aufschrift: „Wegen Ueberfüllung geschlossen!“ Doch kaum hing es, da flog es schon zum Fenster herein, und ihm nach versuchten noch einige, auf diesem Wege in den Festsaal zu gelangen. Das gab erneut großen Krach. Die Eindringlinge nahmen Fensterplätze ein und endlich konnte es losgehen.

835 Sachen gingen ein von Arbeitersekretariaten 622, Gewerkschaftskartellen 11, Rechtsauskunftsstellen 14, Gewerkschaftsverwaltungen 72 und von Personen 116. Aus früheren Jahren waren 547 Sachen rückständig, so daß 1382 Sachen in Bearbeitung standen, von denen 981 erledigt wurden (847 Unfälle, 70 Invaliden-, 37 Krankentassen-, 22 Knappschäfts- und 5 Zivilsachen). Das Ergebnis der erledigten Unfallsachen war in 342 Fällen für die Verletzten bzw. Hinterbliebenen günstig, in 505 Fällen ungünstig.

Die Mehrzahl der Sachen fand beim Reichsversicherungsamt die endgültige Erledigung, nämlich in 818 Fällen. Im Berufungsverfahren wurden 24 und im Einspruchsverfahren 5 Sachen abschließend erledigt.

Der nun schon zu einer über zehnjährigen Amtsdauer der nichtkündigen Mitglieder des Reichsversicherungsamts führende Zustand der nicht vollzogenen Wahlen auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung hat auch im letzten Jahre keine Änderung erfahren. Im Gegenteil sind die Wahlen wiederum hinauszugeschoben, diesmal zweckmäßigerweise bis zum Ablauf des auf die Beendigung des Krieges folgenden Jahres.

Die Konkurrenz durch die Kriegserntnerinnen.

Mit der längeren Dauer des Krieges nimmt die Zahl der bedauernswerten Frauen zu, die ihren Mann verloren und dadurch seelische und wirtschaftliche Verluste traurigster Art erlitten haben. Für die seelischen Schmerzen, die ihnen der Tod ihres Gatten verursacht, kann ihnen natürlich kein Mensch eine Entschädigung leisten, aber für die Beseitigung der wirtschaftlichen Schäden muß Staat und Gesellschaft aufkommen. Neben den Kriegswitwen wird es nach dem Kriege auch noch zahlreiche Frauen geben, deren Männer zwar mit dem Leben davongekommen sind, aber ihre Arbeitsfähigkeit ganz oder größtenteils eingebüßt haben, so daß sie ihre Familien nicht mehr ernähren können. Auch hier muß der Staat durch Zahlung einer Rente einen Ausgleich zu schaffen suchen, und es muß gewünscht werden, daß er sich in dieser Hinsicht nicht so knickrig benimmt, wie es früher stets der Fall war, wenn es sich um Angehörige der Unterschichten handelte.

Bei den ungeheuren Anforderungen, die nach dem Kriege an den Steuerfädel gestellt werden, wird der Staat genötigt sein, an allen Ecken und Enden — und darum auch an den Kriegserntnern — zu sparen, und darum werden nur die aller-

Albert hatte beendet.

„Ausgezeichnet hat er gesprochen.“

„Wie ein Abgeordneter.“

„Wir werden ihm die Friedensverhandlungen übertragen müssen.“

„Etwas gestört hat er aber doch.“

„Das macht der Grog.“

„Essi—“, machten andere den vielen Bemerkungen ein Ende und „O, Deutschland, hoch in Ehren“, setzte der Chor ein. Den Schluß des Liedes sang die ganze Gesellschaft mit. Das war eigentlich gegen die Abmachung, doch wer wollte dagegen auftreten.

Alwin tat zuerst sehr ungehalten, aber —

„Ach was! Weiter!“ drängte ich als Dirigent.

Und nun ging es in bunter Reihenfolge weiter. All die schönen Volkslieder, meist launigen Inhalts, die uns manche Mühe gekostet hatten, kamen trefflich zu Gehör, und ein dankbares Publikum spendete reichen Beifall.

Jetzt der zweite Teil, die Rezitationen.

Albert hatte ein neues Glas gemischt und schob es mir zu. Er klappte freundlich mit den Augen, als ich ihn fragend ansah; denn bei dieser Backofenhitze wollte das heiße Getränk mir nicht gefallen. Die Zuschauer auf den Betten stöhnten und schimpften. Da sie dicht aneinander lagen, saß jeder bei der geringsten Bewegung dem andern in die Seite. Darauf sofort lauter Protest und natürlich Gegenstoß.

„Du, laß das. Ich kann doch nicht immer auf dem Bauch liegen“, schimpfte einer.

Und dabei wackelte das obere Bettgerüst bedenklich. Wenn das nur hält, dachte ich.

Feldpostbriefe unserer Kollegen.

Ein heiterer Tag.

In einer längeren Zuschrift schildert Kollege Carl Schulze = Frankfurt a. M. folgendes hübsche Ereignis:

Er kam im Mai, der neue Sanitätsunteroffizier, von uns „Doktor“ genannt. Er kam in alle Unterstände und schlug bei seiner Vorstellung einen strammen Ton an.

„Au“, meinte Alwin, „der macht sich. Uebrigens“, so fügte er hinzu, „ist er Opersänger und trillert wie ein Vögelchen.“

Das machte allgemein und besonders auf die jungesklundigen Bewohner unserer Erdhöhle einen großen Eindruck. Hier wurde allabendlich fleißig geübt, und augenblicklich qualte sich Kamerad Albert an seinem Solo in dem neuen Quartettgesang, das ihm nicht recht gelingen wollte.

Doch der große Künstler war vorläufig für uns nicht zu haben. Wir vermisten ihn auch nicht. Er übte vorerst mit den anderen Unteroffizieren einen flotten Marsch, immer denselben, der an jedem Abend auf allerlei Musikinstrumenten geschmettert wurde. Das ging uns nicht hoch genug. Ueber die Sachen waren wir hinaus. Wir planten Großes. Ein Unterhaltungsabend — Alwin sagte sogar Kunstabend — sollte veranstaltet werden. Gesang und Rezitationen sollten in der Vortragsfolge abwechseln. Wir hatten eine eigene Manier gefunden, das Mädel an die grüne Seite ruck-ruck-rucken zu lassen, und so stolz hatte noch kein Reiter die drei Lilien gebrochen, wie der weiße Kriegsmann, von dem wir

wenigsten Kriegszrentnerinnen in der Lage sein, mit der ihnen zustehenden Unterstützung sich und ihre Kinder zu ernähren. Infolgedessen werden sich die allermeisten dieser Frauen gezwungen sehen, irgendeine Erwerbsarbeit zu ergreifen, um dadurch ihr Einkommen zu erhöhen. Schon heute können wir beobachten, daß die Erwerbsarbeit der Kriegszrentnerinnen einen bedeutenden Umfang angenommen hat. Auf den verschiedensten Gebieten des wirtschaftlichen Lebens sind diese Frauen tätig, und in allen möglichen Berufszweigen machen sie sich nützlich. Das ist natürlich ein großer Vorteil für unsere Volkswirtschaft, die alle Arbeitskräfte gebraucht, und auch für die Frauen ist es ein Segen, weil ihre Gedanken hierdurch von den trüben Bildern abgelenkt werden. Es gibt ja nichts anderes, was den Menschen das seelische Leid so vergessen macht, wie geistige und körperliche Arbeit. Schon von diesem Gesichtspunkte aus handeln jene Frauen verkehrt, die sich in ihr Leid vergraben und mit ihrer schmalen Rente durchhungern, anstatt durch das Ergreifen ihrer Erwerbsarbeit ihre Lebenslage zu verbessern. Wir müssen also mit der Erwerbsarbeit der Kriegszrentnerinnen als einer bauenden Einrichtung auch nach dem Kriege rechnen.

In einer Zeit wie der heutigen, in der es an Arbeitskräften mangelt, finden diese Frauen, die außer dem Ertrag ihrer Arbeit noch eine andere Einnahme haben, verhältnismäßig leicht Beschäftigung, weshalb jede Veranlassung zu einer Unterbietung und zu einer Arbeit zu niedrigeren Löhnen wegfällt. Deshalb merken wir gegenwärtig noch nichts von einer Schmutzkurrenz, aber nach dem Kriege wird sich das Bild unseres Wirtschaftslebens wesentlich verändern. Es werden zahlreiche männliche Arbeitskräfte wieder in ihre Arbeitsstellen zurückströmen, die inzwischen durch weibliche Arbeitskräfte besetzt sind, und als unausbleibliche Folge davon wird ein heftiger Konkurrenzkampf entbrennen zwischen Arbeitern und Arbeiterinnen. In diesem Kampfe um den Arbeitsplatz werden sich die aus dem Kriege zurückkehrenden Arbeiter zunächst im Nachteil befinden, weil es die Unternehmer vielfach vorziehen werden, die billigen und willigen weiblichen Arbeitskräfte, die sich inzwischen eingearbeitet haben, weiter zu beschäftigen. Allerdings ist unseren Brüdern im Waffenrode das Versprechen mit ins Feld gegeben worden, daß ihnen die Arbeitsplätze offen gehalten werden sollten, aber man weiß, wie leicht solche Versprechungen vergessen werden. Man wird also mit der Tatsache zu rechnen haben, daß die Erzeugung der männlichen Erwerbsarbeit durch weib-

Da sah ich eingeleit in der Menge, Krebsrot im Gesicht und schwitzend wie ein Lastträger, unsern „Doktor“. Ah, unsere Kunst hatte auch ihn herbeigelockt. Ich hatte sofort einen Plan.

„Kameraden!“ sagte ich mit großer Geste zu den von Schweiß triefenden Gesichtern, „die bedeutungsschweren Worte unseres Freundes Albert sehen euch schon Großes für den heutigen Abend an. Der weltbewegende Moment steht nahe bevor. Wenn ihr dahinten allerdings unsern Gast von der Königl. Hofoper durchaus totzueischen wollt, kommen wir alle um den hohen Kunstgenuß.“

Ein großes Geschrei folgte meinen Worten. Der „Doktor“ sah ganz erstaunt drein, wollte protestieren, indem er abwehrend die Hände hob. Die Kameraden aber saßen die Bewegung falsch auf und meinten, er wolle nach vorn. Sofort hoben sie ihn mir hin. Er atmete schwer und lächelte fauer.

„Ja, mein Lieber,“ sagte ich, „jetzt kannst Du Deine Kunst zeigen, Du findest hier ein sehr verständiges Publikum.“

Er versuchte zu widersprechen.

„Singen! Singen!“ schrie es da.

„Sonst kommst Du nicht mehr raus!“

So mußte er also.

Und „Martha, Martha, Du entschwandest“, tönte es.

Alles zollte Beifall, als er geendet hatte.

Albert mischte einen neuen „Warmen“. Der Sänger mußte trinken, sein Gesang wäre noch etwas zu rau.

(Schluß folgt.)

liche in der künftigen Friedenszeit einen noch größeren Umfang annehmen wird als bisher.

Hier tritt nun die Gefahr auf, daß gerade die Kriegszrentnerinnen infolge ihres Nebeneinkommens der Neigung unterliegen werden, als Lohnbrückerinnen zu wirken, indem sie sich billiger anbieten und billiger arbeiten als ihre Kollegen und Kolleginnen, die keinerlei Nebeneinnahme haben und lediglich auf den Ertrag ihrer eigenen Arbeit angewiesen sind. Man braucht dies Unterbieten nicht einmal als den Ausfluß eines schlechten Charakters zu bezeichnen und von einer bewußten Schädigungsabsicht zu sprechen, es ist vielmehr Unkenntnis der wirtschaftlichen Zusammenhänge und weibliche Kurzsichtigkeit, die sie dazu verleitet. Konnte man doch schon vor dem Kriege deutlich eine Lohnbrückerin solcher Frauen und Mädchen aus den sogenannten besseren Ständen wahrnehmen, die eine Einnahme hatten, aber trotzdem gewerbliche Arbeiten für billiges Geld verrichteten, um sich eine kleine Nebeneinnahme zu verschaffen. Sie beobachteten dabei nicht und ahnten wohl kaum, daß sie dadurch ihren ärmeren Geschlechtsgenossinnen das Brot vor dem Munde wegnahmen und ihnen eine fühlbare Schmutzkurrenz machten. Es steht zu befürchten, daß sich dies nach Beendigung des Krieges wiederholen wird.

Besonders die Heimarbeit wird an einer Ueberfüllung mit weiblichen Arbeitskräften zu leiden haben, und in ihr wird die Lohnbrückerin der Kriegszrentnerinnen sich am schlimmsten bemerkbar machen. Das ist um so verhängnisvoller, als ohnehin schon die ganz erbärmlichen Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Heimarbeit geradezu zum Himmel schreien. Da wird es denn notwendig sein, der Lohnbrückerin in der Heimarbeit einen Riegel vorzuschieben. Zu dem Zwecke ist der Vorschlag gemacht worden, daß die öffentlichen Arbeitsnachweise oder gemeinnützigen Organisationen, die Frauen für die Heimarbeit vermitteln, jeden einzelnen Fall genau prüfen und nur dann weibliche Arbeitskräfte überweisen sollen, wenn die Heimarbeit als die einzige Form der Erwerbsarbeit in Frage kommt und wenn ein Minimallohn gezahlt wird, der den Verhältnissen entspricht. Hat die Kriegszrentnerin keine Kinder oder können ihre Angehörigen die vorhandenen kleinen Kinder versorgen oder besteht die Gefahr, daß die Uebernahme von Heimarbeit den Haushalt gesundheitlich oder sittlich gefährdet, so ist die Zuweisung von Heimarbeit unter Hinweis auf geeignete außerhäusliche Beschäftigung zu verweigern. Natürlich ist hierbei die Voraussetzung, daß die Entscheidung über solch schwerwiegende Fragen in die Hände von durchaus sachverständigen Personen gelegt und daß jedes dilettantische Herumarbeiten auf diesem schwierigen Gebiete vermieden wird.

Neben den Berufen, in denen die Heimarbeit vorherrscht, haben auch alle anderen Erwerbszweige, in denen weibliche Arbeitskräfte beschäftigt werden, Veranlassung, sich mit dieser wichtigen Zukunftsfrage zu beschäftigen. Die Gefahr, daß die Kriegszrentnerinnen als Lohnbrückerinnen auftreten, ist wesentlich größer als die Möglichkeit, daß die kriegsbeschädigten männlichen Rentenbezieher dasselbe tun, weil erstere viel weniger volkswirtschaftliche Einsicht und soziales Empfinden haben als letztere, und weil sie auch viel schwerer zu organisieren sind. Und doch bleibt den deutschen Gewerkschaften nichts anderes übrig, als daß sie die erwerbstätigen Kriegszrentnerinnen in die Organisationen hineinbringen und sie dort zu Kameradinnen mit kollegialer Gesinnung und solidarischen Willen erziehen. Diese Aufgabe ist sicherlich nicht leicht, aber sie muß tatkräftig in Angriff genommen werden. Dann wird ihr auch der Erfolg nicht fehlen.

F. L.

Förderung des Kleinwohnungswesens.

I.

Neben der Sorge für Nahrung und Kleidung spielt die Sorge für eine Wohnung in dem Leben der Kulturmenschen eine sehr wichtige Rolle.

Während unsere Vorfahren, die Tiermenschen, in Erdhöhlen hausten und überall dort Unterschlupf suchten, wo sich ihnen Schutz bot gegen die Unbilden der Witterung, während die Nomaden mit ihren Herden und auch die Jägervölker ruhelos das Land durchstreiften, finden wir an der Schwelle der Kulturmenschen die Sehaftmachung und den Wohnungsbau. Nach der griechischen Sage stieg eine freundliche Göttin von den Höhen des Olymps hernieder zu den Urmenschen und lehrte sie den Ackerbau und die Herstellung fester Wohnungen. Sie machte die Menschen erst zu Menschen, indem sie nach dem Dichtertum „in friebliche feste Hütten wandelte das bewegliche Zelt“. Auch heute noch wie in den Tagen des alten Rom erscheint uns der heimische Herd als das Sinnbild eines menschlichen Zusammenlebens und mit Bedauern blicken wir auf jene armen Menschen, die gezwungen sind, ein zigeunerhaftes Leben zu führen, weil sie nirgends ein gemütliches Heim und eine dauernde Stätte des Weibens finden. Nicht der geringste Vorwurf ist es, den wir dem ausbeuterischen Kapitalismus machen, daß er zahllose Proletarier von ihrem Mutterboden losreißt und heimatlos macht. Man braucht nur in die Großstädte zu schauen und in die Industriebezirke, um die Scharen jener modernen, proletarischen Zigeuner zu sehen, die in kurzen Abständen ihren Wohnort oder ihre Wohnung wechseln müssen, so daß sie keine Heimat mehr haben. Diese Opfer des großstädtischen Wohnungslebens sind wohl die traurigsten Erscheinungen der Gegenwart, und sie lassen uns am deutlichsten erkennen, welchen hohen wirtschaftlichen und sittlichen Wert eine gute Wohnung für die Gesundheit und das Wohlbefinden eines Menschen und einer Familie hat. Darum ist die Wohnungsfrage eine solche hochwichtige Angelegenheit für jedes Volk, daß auf den Namen eines Kulturvolks Anspruch erhebt, ganz abgesehen davon, daß auch zahlreiche Menschen und Erwerbszweige an der Herstellung von Wohnungen ein berufliches und gelbliches Interesse haben. Nach der Zahl der Personen, die mittelbar oder unmittelbar dafür tätig sind, marschiert das Baugewerbe unter sämtlichen Erwerbsgruppen an erster Stelle. Man kann es also sehr wohl verstehen, daß sich die Aufmerksamkeit aller Volksteile auf die Lösung der Wohnungsfrage richtet und daß überall das Bemühen vorhanden ist, auf diesem Gebiete gesunde Verhältnisse zu schaffen.

Schon vor dem Kriege war die Beseitigung des Wohnungslebens als eine dringende Forderung vernünftiger Sozialpolitik anerkannt, und es hat nicht an Vorschlägen und Bemühungen gefehlt, die eine Reform unseres Wohnungslebens erstrebten. Nach dem Kriege wird die Wohnungsfrage erst recht brennend werden. Wenn unsere Brüder siegreich, wie wir alle hoffen, heimkehren aus dem Lärm der Schlachten und den Entbehrungen der schweren Kriegszeit, so sollen sie eine Heimat finden, in der sie sich heimisch fühlen können. Hierzu ist die Regelung und Gesundung der Wohnungsverhältnisse eines der besten Mittel. Es wäre nicht nur eine Undankbarkeit des Vaterlandes, sondern auch eine schlimme Schädigung der Volksgesundheit, wenn die große Masse des Proletariats nach wie vor wieder unter dem Wohnungslebens zu leiden hätte. Dann würde jenes Wort des alten alt-römischen Sozialreformers *Libertus Crachus* auch für uns zur Wahrheit werden, das er den Besitzenden ins Antlitz schleuderte: „Der römische Proletarier hat kein Vaterland. Die Männer, die für Rom's Ehre auf den Schlachtfeldern gebliet haben, irren obdachlos im Lande umher und haben keine Stätte, wohin sie das Haupt legen können. Gebt dem Proletarier ein Heim, wo er sich wohl fühlen kann, und er wird auch sein Vaterland lieben.“ Damit es bei uns nicht so wird, wie im alten Rom, hat die Gesellschaft die heilige Pflicht, den Bau gesunder Wohnungen tatkräftig in Angriff zu nehmen. Obendrein hat sie auch noch das lebhafteste Interesse an der baldigen und umfassenden Lösung dieser Aufgabe, weil es wesentlich darauf ankommt, für eine starke Volkzuermehrung zu sorgen, um die Lücken wieder auszufüllen, die der schreckliche, mörderische Krieg in die erwerbstätige Bevölkerung gerissen hat. Es ist ja völlig ausgeschlossen, daß ein proletarischer

Familienvater einen reichen Kinderseggen wünschen kann, wenn er gezwungen ist, in einer engen, ungesunden Wohnung zu hausen. Die Wohnungsreform ist ohne Zweifel der Angelpunkt der Bevölkerungsfrage, und diese kann nicht gelöst werden, wenn jene nicht durchgeführt wird.

Besonders für die Arbeiterklasse hat das Wohnungsproblem eine große Bedeutung. In der großstädtischen Arbeiterbevölkerung ist in den letzten Jahren der Sinn für ein geordnetes Familienleben augenscheinlich im Wachsen begriffen, und der Wunsch, ein gemüthliches Heim zu haben, macht sich stärker als früher bemerkbar. Welche Bedeutung ein solches Streben in wirtschaftlicher, sittlicher und gesundheitslicher Beziehung für das Proletariat hat, vermögen nur jene wurzellosen Elemente nicht zu verstehen, die sich noch heute in den ausgefahrenen Gleisen des Bortrabikalisimus der Anfangszeit unserer Arbeiterbewegung wohlfühlen. Ein Realpolitiker und Sozialist weiß, daß der Weg zu den Höhen des Sozialismus nicht durch die Nieberungen des Menschenlebens geht, sondern daß er von Stufe zu Stufe emporsteigt durch eine materielle geistige und sittliche Hebung der Massen. Und da diese Hebung wesentlich mit auf der Besserung unserer Wohnungsverhältnisse beruht, so steht für ihn die Wohnungsfrage im Mittelpunkt seines Interesses. Darum richtet er seine Anflage gegen Staat und Gemeinden, daß sie bislang ihre Pflicht auf diesem Gebiete sträflich vernachlässigt haben, und er sucht ihr Gewissen zu wecken. In dieser Stellungnahme läßt er sich auch nicht beirren durch die Schwierigkeiten, die sich der Lösung dieser Frage entgegen-türmen, und durch die Kosten, die sie verursacht, denn er hat die felsenfeste Ueberzeugung, daß es sich hier um das Wohl und die Zukunft unseres Volkes handelt. Soll unser Volk die Schäden des Weltkrieges überwinden und den bisherigen Kulturaufstieg weiter fortsetzen, so muß es sozialistisch denken und handeln lernen. Und in der Sache sozialistischer Maßnahmen bildet der Wohnungssozialismus ein wichtiges Glied.

Korrespondenzen.

München. Feuerungszulagen = Erhöhung in den Steindruckereien. Obgleich, wie in vielen Städten Deutschlands, auch in München die Lage des Steindruckgewerbes alles andere wie rosig genannt werden kann, fand doch das Verlangen der in lithographischen Anstalten beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen, die Feuerungszulage vom vorigen Jahr weiter zu erhöhen, Anfang. Im Mai vorigen Jahres trat, seit Abschluß des Tarifes im Jahre 1914, das gesamte Personal der Steindruckereien zum ersten Male an die Prinzipalität heran, den durch den Krieg heraufbeschworbenen Feuerungsverhältnissen durch Gewährung einer Feuerungszulage gerecht zu werden. Nach Verhandlungen am hiesigen Gewerbegericht, das als Einigungsamt fungierte, wurden damals für die Männlichen 6,— M. pro Monat, für die Weiblichen 4,— M. und 1,— M. als Seifengeldentschädigung bis 1. April 1917 vereinbart. Wohl war diese Zulage kein Ausgleich, den zu schaffen wohl den Unternehmern im graphischen Gewerbe kaum möglich sein dürfte, aber immerhin gab sich die Arbeiterschaft mit dem Erreichten in Anbetracht der Verhältnisse zufrieden. Die Zufriedenheit knüpfte sich damals an die Hoffnung, daß der Krieg wohl bis Jahreschluß sein Ende gefunden haben dürfte, und nun die Behörden und Regierungen nach fast zweijähriger Erfahrung ihre bis dato gezeigte Ohnmacht, die fortwährenden wucherischen Preissteigerungen der Nahrungsmittel des Volkes zu unterbinden, beseitigt haben. Aber die Monate vergingen, ohne daß der Krieg beendet wurde, und frecher und höhrender erhob der Lächer in Handels- und Produzentenkreisen sein Haupt und verschlechterte in seiner echt Landes-freundlichen Gesinnung noch weiter die Lebenslage der Arbeiterschaft. So wurde die Arbeiterschaft gezwungen, bei der tariflich vorgesehene Revision der Löhne am 1. Januar 1917 ebenfalls die Unternehmer zu ersuchen, die noch immer nicht zum Stillstand gekommene Feuerung bei der Regelung der Löhne mit in Betracht zu ziehen. Wie wir schon damals berichteten konnten, wurde auch in diesem Falle dem Wunsche der Arbeiter und Arbeiterinnen Rechnung

getragen, indem die Löhne der Hilfsarbeiter um 2,— M., die unserer Kolleginnen um 1,— M. bis 1,50 M. erhöht wurden. Bei den nun erneut erfolgten Verhandlungen am Gewerbegericht um die weitere Beibehaltung und Erhöhung der bisher gewährten Feuerungszulagen konnten auch die Prinzipalvertreter nicht in Abrede stellen, daß inzwischen leider wieder eine weitere Verschlechterung sowohl der Lage des Gewerbes wie auch der der Arbeiterschaft eingetreten ist. Nach längerer Aussprache in zwei Sitzungen über das Verlangen der Arbeiterschaft wie über das Angebot der Arbeitgeber einigten sich die Parteien auf den Vermittlungsvorschlag des Herrn Gerichtsrats Sartorius, der die Feuerungszulagen rückwirkend ab 1. April 1917 für Steindrucker und Lithographen auf wöchentlich 5,— M. und denselben Satz auch für Buchbinder vorsieht. Die männlichen Hilfsarbeiter erhalten wöchentlich 4,— M., die weiblichen 3,— M. Die Feuerungszulagen haben Gültigkeit bis 31. März 1918. Sollten aber noch weitere außerordentliche Preissteigerungen stattfinden, so steht der Arbeiterschaft das Recht zu, schon im Januar 1918 um erneute Verhandlungen über Erhöhung der Feuerungszulagen nachzugehen.

Unsere Kollegenschaft erklärte sich mit den Abmachungen einverstanden, und gestalteten sich nun die im letzten Jahre erfolgten Ertragsaufschüssen in Bezug auf Lohnhöhe influsiv der am 1. Januar 1917 erfolgten Lohnerhöhung auf ein Mehr für die Hilfsarbeiter von monatlich mindestens 20,— Mark, für die Arbeiterinnen auf monatlich 16,— Mark. Die Löhne der Steinschleifer betragen nun im Durchschnitt 36,— M., die der Einlagerinnen im Steindruck 19,— M., der Bogensängerinnen 16,10 M. und der Hilfsarbeiterinnen 15,30 M. Zieht man nun einen Vergleich zu den Löhnen, wie sie vor dem Tarifabschluß in München zu verzeichnen waren, und stellt zu gleicher Zeit die Löhne der Steindruckereien anderer Orte, wo das Personal den Gedanken der Organistino noch nicht begriffen hat, gegenüber, so muß wohl oder übel bei jedem die Ueberzeugung platzgreifen, daß nur durch den Verband eine Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen erfolgen kann. Wir hoffen aber, daß durch das Entgegenkommen der Arbeitgeber nun auch die unheimliche Flucht in die Munitionsbetriebe einigermaßen unterbunden wird, und erwarten auf das bestimmteste von unseren Mitgliebern, daß, wenn sie schon glauben, sich anderweitig verbessern zu können, ihr Austritt aus den Druckereien nur ordnungsgemäß und unter genauerster Einhaltung der tariflich vorgesehene Kündigungsfrist erfolgt, damit dem Verbands unliebsame Vorwürfe erspart bleiben. Die wenigen noch Indifferenten der hiesigen Druckereien, die die Erfolge der organisierten Kollegen und Kolleginnen aber auch mitzuleben, möchten alsbald nun den Weg zum Verbands finden! Noch schwere Zeiten stehen uns bevor; sollen wir sie ohne Schaden unserer Kollegenschaft überwinden, dann bedarf es aber auch der Mithilfe aller, denn Schwarzer sind und bleiben stets Schädlinge einer gesunden Fortentwicklung.

Rundschau.

Förderung der Bautätigkeit durch die Heeresverwaltung. Trotz der heißen Kämpfe jetzt müssen doch, wie allgemein anerkannt, schon immer gewisse Vorbereitungen für die mit Eintritt des Friedens dringlichsten Aufgaben getroffen werden. Nach fast allgemeiner Ueberzeugung besteht für die Zeit nach Friedensschluß, wenigstens an zahlreichen Orten, die Gefahr einer großen Wohnungsnot und starken Mietsteigerung, und zu ihrer Bekämpfung wird dann eine alsbaldige umfassende Bautätigkeit, namentlich was die Kleinwohnungen anlangt, notwendig sein. Eins der wichtigsten Hindernisse aber, die einer solchen Bautätigkeit entgegenstehen, ist der durch die Kriegsverhältnisse geschaffene Mangel an Baumaterial sowie auch der hohe Preis desselben. Da darf nun darauf aufmerksam gemacht werden, daß die Heeresverwaltung und wohl auch die Marineverwaltung in der Lage wären, hier wesentlich helfend einzugreifen. Sie verfügen über sehr viel Baumaterial, das für die Wohnungsbautätigkeit sehr geeignet wäre und das sie zum Teil schon jetzt, namentlich aber in Zukunft nach Friedensschluß nicht mehr brauchen. In den ausgebauten Schützengräben und Unterständen und ähnlichen militärischen Bauten befinden sich Holz, Eisen, Bausteine usw. in großer Menge, ferner enthalten aber auch die militärischen Barackenlager, die früher oder später zum Abbruch kommen werden, namentlich die für die Gefangenen, große Mengen von Baumaterial. Diese Materialmassen sollte die Heeresverwaltung,

soweit möglich, schon jetzt, sonst aber wenigstens gleich nach Friedensschluß, der Bautätigkeit, namentlich der zur Errichtung von Kleinwohnungen, zur Verfügung stellen, und zwar zu billigen Preisen, nötigenfalls auch umsonst, um der aus mannigfachen Gründen zu erwartenden starken Verteuerung des Bauens entgegenzuwirken. Das wäre eine sehr wirksame Bekämpfung von Wohnungsnot und Wohnungssteigerung! Vollständig unerlässlich hierbei wäre aber, den richtigen Weg für dieses Vorgehen zu finden. Es müßte sorgfältig dafür Sorge getroffen werden, daß dieses militärische Material zugeteilt wird, die es direkt zur Bedarfsbefriedigung verwenden, und zwar nach aller Möglichkeit denjenigen Stellen, die den dringendsten Bedarf haben. Ferner müßte unbedingt Sicherheit dafür geschaffen werden, daß die Endpreise, zu denen der Bevölkerung dieses militärische Material zugeführt wird, den von der Heeresverwaltung zu stellenden billigen Bedingungen entsprechen und daß nicht etwa von den Zwischenstellen ein ungebührlicher Aufschlag genommen wird. Es leuchtet ein, daß hiernach wohl vor allem die Gemeinden, die Gemeindeverbände und die gemeinnützige Bautätigkeit die geeigneten Stellen zur Uebernahme und Verwertung des Materials sein würden. Am besten würde eine planmäßige Regelung der ganzen wichtigen Frage zwischen der Heeresverwaltung einerseits und dem Reichsamt des Innern oder auch den einzelnen Bundesstaaten andererseits stattfinden. Nebenfalls aber sollten sich die einzelnen Kommunalverwaltungen und ihre Verbände, die gemeinnützigen Bauunternehmungen und die Vertreter der Wohnungsreform jetzt schon ohne Verzug um diese ganze Angelegenheit kümmern.

Eingegangene Druckschriften.

„Die Glode“, Sozialistische Wochenschrift. Herausgeber: Barbus (Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H., Berlin SW. 68). Das eben erschienene Heft 4 enthält u. a. folgende Artikel: Konrad Haensch: In ersterer Stunde. Dr. Paul Lensch, M. d. R.: Der Parteiausschuss. Wilhelm Jansson: Die russische Revolution und der Friede. Wilhelm Kolb: Die Kernfrage und der Weg zu ihrer Lösung. Manfred: Von der Utopie zur Wissenschaft. Glossen. — Einzelhefte 30 Pf., vierteljährlich 3,50 M. bei allen Buchhandlungen und Postanstalten.

Ehren-Kastel

für unsere im Felde gefallenen Kollegen.

Den Tod auf dem Schlachtfelde erlitten unsere Kollegen:

Paul Erhardt,
Hilfsarbeiter (Rudolf Hoffe), geboren am 14 April 1888, gefallen am 19. März im Osten.

Wili Benzell,
Rotationsarbeiter (Aug. Scherl), geboren am 9 Januar 1897, gefallen am 18. März in Rußland.

Edmund Fath,
Rotationsarbeiter (Müller & Co.), geboren am 30 September 1888, gestorben im Lazarett.

Ein ehrendes Andenken bewahrt ihren
Die Bahnhalle Berlin.

Rachruf.

Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß die Kollegin

Bertha Büttich
(Wolff Bauer) verstorben ist.

Ein ehrendes Andenken bewahrt ihr
Die Bahnhalle Dresden.